

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rottstedt und Mühlmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung

Behauptetes Auffinden von Äxten und Messern im Erfurter Ortsteil Schmira

Spätestens seit dem 2. Juli 2026 verbreitet sich über Messenger-Dienste eine Nachricht, wonach die Polizei in der Nähe des Erfurter Ortsteils Schmira größere Mengen an Äxten und Messern gefunden habe, die zuvor von Gegendemonstranten der Versammlungslagen am 4. und 5. Juli 2026 dort vergraben worden seien. Die Herkunft, Echtheit und Plausibilität der Nachricht konnten bisher nicht bestätigt werden.

Das **Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung** hat die **Kleine Anfrage 8/2864** vom 6. Juli 2026 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. September 2026 beantwortet:

1. Trifft es zu, dass am 2. Juli 2026 im oder in der Nähe des Erfurter Ortsteils Schmira durch die Polizei Äxte, Messer oder vergleichbare Gegenstände aufgefunden wurden?

Antwort:

Nein

2. Falls Frage 1 bejaht wird, wie viele Gegenstände welcher Art wurden an welchen konkreten Orten aufgefunden?
3. Falls Frage 1 bejaht wird, wodurch wurde die Polizei auf den Fundort aufmerksam (Hinweise, polizeiliche Beobachtung oder Zufallsfunde)?
4. Falls Frage 1 bejaht wird, welchem Personenkreis oder welcher Gruppierung werden die Gegenstände nach bisherigen Erkenntnissen zugeordnet?
5. Falls Frage 1 bejaht wird, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet (Gliederung nach Tatvorwurf, Tatverdächtigen und Zuordnung in Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität)?

Antwort zu den Fragen 2 bis 5:

Da Frage 1 verneint wurde, entfällt die Beantwortung der Fragen 2 bis 5.

6. Wurden im Vorfeld oder während des Bundesparteitags-Wochenendes vom 3. bis 5. Juli 2026 im Stadtgebiet Erfurt gegebenenfalls weitere vergleichbare Funde von Waffen oder gefährlichen Gegenständen im öffentlichen Raum gemacht?

Antwort:

Im Einsatzzeitraum wurden mehrere Ansammlungen von Steinen, Pflastersteinen, Baumaterialien und sonstigen Gegenständen festgestellt und polizeilich geprüft. Für die polizeiliche Lagebewertung wurden aufgrund der Vielzahl an städtischen und privaten Baustellen im Erfurter Stadtgebiet lediglich solche An-

sammlungen einbezogen, die maßgeblich mögliche Gefahren für den Straßenverkehr, die Einsatzkräfte, Versammlungsteilnehmer oder den Einsatzverlauf darstellten. Folglich wurden nicht alle Feststellungen dokumentiert, sodass eine Aussage zu sämtlichen Funden nicht möglich ist.

Im Weiteren wird auch auf die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage Drucksache 8/3877 (Antwort Drucksache 8/4018 vom 29. Juli 2026) der Abgeordneten Müller (Die Linke) verwiesen.

7. Falls Frage 6 bejaht wird, wie viele Funde wurden insgesamt gemacht und wo?

Antwort:

Auf die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage Drucksache 8/3877 „Berichte über angebliche Steindepots im Vorfeld des AfD-Bundesparteitags“ (Antwort Drucksache 8/4018 vom 29. Juli 2026) der Abgeordneten Müller (Die Linke) wird verwiesen.

8. Hat die Landesregierung Kenntnis von der seit dem 2. Juli 2026 kursierenden Nachricht zu dem angeblichen Vorfall in Schmira? Falls ja, wann erlangte sie diese?

Antwort:

Auf die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage Drucksache 8/3877 „Berichte über angebliche Steindepots im Vorfeld des AfD-Bundesparteitags“ (Antwort Drucksache 8/4018 vom 29. Juli 2026) der Abgeordneten Müller (Die Linke) wird verwiesen.

9. Wurde von Seiten der Landesregierung oder der Polizei bislang eine Klarstellung oder ein Dementi zu dieser Nachricht veröffentlicht?

Antwort:

Eine Pressemitteilung der Polizei zum Sachverhalt gab es nicht.

10. Wie bewertet die Landesregierung generell das Risiko, dass unbestätigte Behauptungen dieser Art im Umfeld einer Großlage die Einsatzlage der Polizei zusätzlich erschweren und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unbegründet beeinflussen?

Antwort:

Falschinformationen, die unter anderem mithilfe Künstlicher Intelligenz geschaffen und in sozialen Medien verbreitet werden, nehmen zu. Demzufolge wächst auch die Gefahr, dass Personen oder Gruppierungen die zur Verfügung stehenden Technologien vermehrt nutzen, um beispielsweise Ängste zu schüren oder falsche Informationen zu verbreiten.

Die Polizei nutzt für ihre Lagebeurteilung in sozialen Netzwerken ausschließlich Informationen, die durch mehrere unabhängige Quellen bestätigt werden können. So können Irreführungen durch sogenannte Fake News überwiegend vermieden werden.

Maier
Minister